Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 6.00 Mark, vierteljährlich 18.00 Mk., durch die Post 15.00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 50 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.00 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 179. Halle, Sonnabend, den 17. April 1920. Einzelpreis 20 Pfg.

Zu den Verhaftungen im Reichswehrministerium.

Berlin, 16. April. (Eigene Drahtnachricht.) Ueber die aufgehobene Sitzung im Reichswehrministerium bringen die Blätter allerlei Kommentare, die indessen weit über das Ziel hinauszuschießen scheinen. Wie verlautet, wird die Angelegenheit in kurzer Zeit eine harmlose Aufklärung erfahren und mit der Entlassung der Verhafteten enden. Das 8-Uhr-Abendblatt behauptet, die Reichskanzlei sei einer ähnlichen Mystifikation zum Opfer gefallen, wie vor kurzem das WTB. Wie das Reichswehrministerium dem genannten Blatte mitteilt, haben zwischen Hauptmann v. Pickahn und mehreren Offizieren tatsächlich Besprechungen mit den unabhängigen Sozialisten stattgefunden, die aber nur den Zweck verfolgten, eine Einigung über die Waffenabgabe in Berlin und Umgebung herbeizuführen. Die vorgesetzten Stellen des Reichswehrgruppenkommandos waren darüber informiert, und auch Mitglieder der Unabhängigen hatten von dieser Besprechung Kenntnis. Eine Bestätigung dieser Darstellung darf man vielleicht in dem Umstande sehen, daß die „Freiheit", die auch heute wieder neue Mitteilungen über die angeblichen Treibereien der Putschisten bringt, die Offiziersversammlung im Reichswehrministerium mit keinem Worte erwähnt. Wie das 8-Uhr-Abendblatt weiter meldet, hat die Reichskanzlei mit Umgehung der militärischen Dienststelle die Verhaftung der Teilnehmer an der Besprechung angeordnet. Wie wir hören, befinden sie sich gegenwärtig noch in Haft. Der Reichswehrminister hat die Angelegenheit nunmehr in die Hand des Generals v. Seeckt und der zuständigen militärischen Dienststelle gelegt. Wie uns von der Pressestelle der Reichsregierung dazu mitgeteilt wird, ist die Behauptung einer Mystifikation falsch. Im übrigen vermag die Pressestelle zurzeit über das Ergebnis der Untersuchung nichts mitzuteilen. Wie uns von anderer Seite mitgeteilt wird, soll es in der Tat harmloser sein, als die erste Meldung erwarten ließ.

Kapp in Stockholm.

Auf einem Flugzeug aus Deutschland geflohen.

Stockholm, 16. April. (Drahtnachricht.) Nach einer Meldung des Aftontidningen ist Kapp im Badehotel in Södertälje angehalten worden. Er war mit einem Flugzeug nach hier gekommen, das in Schonen landete, worauf er seine Reise mit der Bahn nach Stockholm fortsetzte. Seitens des Hoteliers wird mitgeteilt, daß Kapp am Mittwoch abend in Stockholm ankam und unter den Namen Dr. v. Kanitz auf der Reise von Deutschland über Malmö Wohnung nahm. Den Zweck der Reise hat er nicht angegeben. Heute Vormittag kamen zwei Detektive aus Stockholm in Södertälje an. Der angebliche Dr. v. Kanitz erklärte ihnen wer er sei. Gegen 3 Uhr nachmittags begaben sich die Detektive zusammen mit Kapp in Automobilen nach Stockholm.

Die Säuberung im Vogtlande schreitet fort.

WTB. **Dresden**, 16. April. Das Wehrkreiskommando 4 teilt mit: Im Vogtlande wurden die nach der Grenze ausweichenden Verbrecherbanden weiter verfolgt und dazu fliegende Kolonnen nach Bad Elster, Jägersgrün, Lengenfeld und Eibenstock entsandt. Die sächsisch-tschechische Grenze selbst ist von tschechischen Truppen scharf abgesperrt. Der gestern in Glauchau eingerückten Abteilung gelang es, in Hohenstein-Ernstthal ein Waffenlager der Hölzbande zu beschlagnahmen. Im ganzen Gebiet des Vogtlandes wurden die Truppen von der Bevölkerung freudig begrüßt.

Aufräumungsarbeiten in Falkenstein.

WTB. **Falkenstein**, 16. April. An der Brandstätte in der Kaiser-Wilhelmstraße ist heute mit den Aufräumungsarbeiten begonnen worden, nachdem die Brandversicherungsinspektion heute die Brandstätte in Augenschein genommen hatte. Die Umgebung bietet einen traurigen Anblick.

Aufforderung der Staatsanwaltschaft Plauens.

WTB. **Plauen i. V.**, 16 April. Die Staatsanwaltschaft Plauen erläßt folgende Aufforderung: „Zur wirksamen Verfolgung der von Max Hölz und seinen Anhängern verübten Straftaten ergeht an alle, die über die Persönlichkeit anderer Teilnehmer an solchen Straftaten, insbesondere über die Namen der Mitglieder der roten Garde und solcher, die mit Gewehr, Pistole und roter Armbinde aufgetreten sind und die Unternehmungen von Max Hölz und seinen Leuten unterstützt haben, Auskunft zu geben vermögen, die dringende Aufforderung, ihre Wahrnehmungen unverzüglich der Kriminalpolizei zu Plauen oder den Polizeiämtern ihres Wohnortes zu melden.

Die von der Hölzschen Leibgarde von hier gestohlenen Autos, Pferde und Wagen sind zum größten Teil wieder in den Besitz ihrer Eigentümer gelangt. Die Sachen waren bereits verkauft. Der Führer der hiesigen Kommunisten, Kluge, der vor kurzem erst aus der Schweiz angelangt ist und in einer der vier Versammlungen mit Hölz an der Spitze in den Aktionsausschuß in Plauen gewählt worden ist, ist in der vergangenen Nacht verhaftet und in das hiesige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert worden. Er hatte noch 30 000 Mark bei sich.

Auflösung der vogtländischen Aktionsausschüsse.

WTB. **Adorf**, 16 April. Oberstleutnant Hauß hat als Militärbeherbefehlshaber für den Bereich der Stadt und Amtshauptmannschaft Oelsnitz, bestimmt, daß alle Aktionsausschüsse und ähnliche Einrichtungen sofort aufzulösen sind, da sie zu den bestehenden Gesetzen in Widerspruch stehen. Die Polizeistunde ist auf 9 Uhr abends festgesetzt. Die Einwohner-, Sicherheits-, Bürger- und Arbeiterwehren sind sofort aufzulösen. Alle Waffen sind bei der Polizei abzuliefern.

Weiterer Franzosenabmarsch aus Frankfurt.

Frankfurt a. M., 16. April. (Eigene Drahtnachricht.) **Wie die Frankfurter Zeitungen melden, räumen die Franzosen die Stadt weiter. Die französischen Truppen ziehen in der Richtung auf Wiesbaden und Mainz. Mehrere Schulen, die von den Truppen belegt waren, wurden heute geräumt.**

Die Einsammlung germanischer Waffen.

WTB. **Paris**, 16. April. Major de Fixiexx schreibt in der „République Francaise": Stellt Frankreich auf der Mainlinie eine Armee von 200 000 alliierten Soldaten zur Verfügung, 120 000 Franzosen, 50 000 Engländer und 30 000 Belgier, und läßt in Berlin wissen, daß bei der geringsten Weigerung abzuliefern, auch bei der kleinsten Versteckung, die festgestellt wird, diese Armee gegen den Thüringer Wald und Franken marschieren und Süddeutschland von Norddeutschland trennen werde, während andere Kräfte das Ruhrgebiet besetzen, erst dann ohne Zweifel könnten die Offiziere mit aller Ruhe an die ungehende Einsammlung germanischer Waffen gehen.

Verminderung der Truppenzahl im Ruhrgebiet.

WTB. **Berlin**, 16. April. Die von der französischen Presse verbreitete Nachricht, daß 8000 Mann neuer Reichswehrtruppen in die neutrale Zone des Ruhrgebiets eingerückt seien, ist falsch. Es ist im Gegenteil Tatsache, daß die Truppenzahl in der neutralen Zone andauernd herabgemindert wird. Mehrere Bataillone sind bereits zurückgezogen und weitere Truppen zum Abtransport bereitgestellt worden.

Verurteilung des Prinzen Joachim Albrecht von Preußen.

WTB. **Berlin**, 16. April. Prinz Joachim Albrecht von Preußen wurde wegen versuchter Nötigung zu 500 Mark Geldstrafe, Rittmeister von Platen ebenfalls wegen versuchter Nötigung zu 300 Mark und Prinz Gottfried zu Hohenlohe-Langenburg wegen Körperverletzung zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Verurteilung Rhodins.

WTB. **Berlin**, 16. April. Die Strafkammer verurteilte gestern den Journalisten Kurt Rhodin wegen Betruges und wegen verleumderischer Beleidigung des früheren Ministerpräsidenten Scheidemann zu neun Monaten Gefängnis.

Die Versorgung der Kriegsbeschädigten.

WTB. **Berlin**, 16. April. Ein Gesetzentwurf für die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen ist der Nationalversammlung zugegangen. Nach einer Regierungsmitteilung beträgt die Zahl der Kriegsbeschädigten annähernd anderthalb Millionen. Kriegshinterbliebene gibt es nahezu drei Millionen. Die Versorgungssumme wird auf 4½ Milliarden jährlich geschätzt. Nach einer amtlichen Mitteilung ist die Zahl der Erwerbslosen 375 000, davon etwa ein Viertel in Groß-Berlin.

Die Notlage der Aerzte.

WTB. **Leipzig**, 16. April. Auf der gestern hier abgehaltenen Sitzung des Beirates des Aerzteverbandes und des Geschäftsausschusses des Deutschen Aerztebundes wurde beschlossen, mit den Krankenkassenverbänden unverzüglich über die Neuregelung der kassenärztlichen Beziehungen auf Grund der durch Verordnung vom 1. April 1920 neu geschaffenen Lage in Verhandlungen zu treten und die kassenärztlichen Organisationen und die Kassenärzte zu veranlassen, alsbald von den bisherigen Kassenarztverträgen zurückzutreten. Die Verhandlungen mit den Kassenvorständen müssen spätestens bis zum 1. Juni d. J. beendet sein. Der Vorstand des Aerzteverbandes wird beauftragt, für den Fall, daß die Verhandlungen nicht zu einem annehmbaren Ergebnis führen, die Mittel der Selbsthilfe vorzubereiten und den vertragslosen Zustand für das ganze Reich zu verkünden. Sollten die Kassenvorstände dazu übergehen, die berechtigten Bestrebungen der organisierten Aerztschaft durch Anwerbung von Nothelfern und Streikbrechern zu durchkreuzen, so würden die ärztlichen Organisationen vor den schärfsten Mitteln nicht zurückschrecken.

Abschied des Oberpräsidenten Richter.

WTB. **Hannover**, 16. April. Oberpräsident von Richter hat sein Abschiedsgesuch eingereicht.

Streik der Fuhrleute und Lastträger in New-York.

WTB. **Newyork**, 16. April. (Drahtnachricht.) Die Lebensmittellage in der City von Newyork wird sich wahrscheinlich schwieriger gestalten, da sich die Fuhrleute, Rollkutscher und Lastträger dem Streik angeschlossen haben.

Blutiger Zusammenstoß in Irland.

WTB. **London**, 16. April. (Drahtnachricht.) **Bei einer Kundgebung anläßlich der Freilassung gefangener Sinnfeiner wurde in Milltown Malbay (Irland) aus der Menge auf das Militär geschossen, das das Feuer erwiderte. Es sind drei Tote und einige Verwundete zu beklagen.**

Die Deutschnationalen und der Wahltermin.

Eines der Hauptargumente der Deutschnationalen in ihrem Kampfe gegen die Regierung war stets die Behauptung, daß die Neuwahlen verfassungswidrig spät hinausgeschoben worden sein. Durch den Kapp-Putsch hat sich die politische Situation derart verändert, daß nun in der Tat die Wahlen viel früher stattfinden müssen, als es mit Rücksicht auf die noch zu erledigenden zum Teil sehr schwierigen Gesetze sachlich wünschenswert gewesen wäre. Es ist außerordentlich bezeichnend, daß es nunmehr die Deutschnationalen mit den Wahlen gar nicht mehr so eilig zu haben scheinen. Im Verfassungsausschuß, wo gegenwärtig das Reichstagswahlgesetz beraten wird, haben sich einige bemerkenswerte Szenen abgespielt. Reichsminister Koch hatte mit triftigen Gründen dargelegt, welche schweren nationalen Bedenken das frühe Stattfinden der Wahlen für die Abstimmungsgebiete nach sich ziehen müsse. Der deutschnationale Abgeordnete Dietrich erhob sich daraufhin und erklärte, daß die Ausführungen des Ministers einen tiefen Eindruck auf ihn gemacht hätten, und daß man wirklich im Zweifel darüber sein könne, ob jetzt mit Rücksicht auf die Erhaltung des Deutschtums in den Abstimmungsgebieten die Wahlen stattfinden dürften. Alles andere müßte zurückstehen hinter der nationalen Notwendigkeit. Minister Koch konnte mit Recht erwidern, daß ja gerade die Herren von der Rechten die Gründe gegen das frühe Wählen in den Wind geschlagen hätten. Und in der Tat: Wenn man das amtliche Protokoll der Sitzung der Nationalversammlung vom 9. März nachliest, so erkennt man, daß die schon damals geäußerten nationalen Bedenken des Ministers gegen die frühzeitige Ansetzung der Wahlen von den deutschnationalen Rednern als völlig nebensächlich beiseite geschoben worden waren. Damals brauchte man eben noch die Hatz der unwahren Behauptung, daß die Regierung ohne jeden Grund die Wahlen hinauszöge. Jetzt sieht man mit einmal ein, daß die Gründe der Regierung sehr stichhaltig waren.

In geradezu tragikomischer Weise kam die sachliche Unbegründetheit des deutschnationalen Vorstoßes zur Erscheinung in einer Rede des Abgeordneten Schultz-Bromberg, da bei einer der bekanntlich sehr schwierigen Fragen der Regelung des Wahlrechtes in den verzweifelten Ruf ausbrach: Es sei doch nicht nötig, die Dinge übers Knie zu brechen, auf 8 bis 14 Tage könne es doch mit der Ansetzung des Wahltermins nicht ankommen. Der Abgeordnete Waldstein erwiderte schlagfertig, früher habe es immer geheißen, die Wahlen müßten unbedingt vor der Heuernte stattfinden, und jetzt spiele die Heuernte gar keine Rolle. Ja, die Deutschnationalen haben bekanntlich beantragt, die Nationalversammlung spätestens am 1. Mai aufzulösen. Jetzt kommt nun mit einmal Herr Schulz und sträubt sich gegen die provisorische Fassung des Wahlgesetzes, da es noch viel provisorischer und unfertiger hätte werden müssen, wenn der demagogische Antrag seiner Partei durchgegangen wäre. Ein deutschvolksparteilicher Abgeordnetes war taktisch klug genug im Ausschuß den Wunsch seiner Partei auf sehr baldige Wahlen festzustellen. Herr Schulz ließ sich aber nicht von seiner einmal angenommenen Linie abbringen und erklärte unwirsch, so schlimm sei es mit der Ernte gar nicht, wenn der Bauer Interesse an der Wahl habe, und das sei der Fall, so wähle er auch während der Ernte.

Man sieht: Die Deutschnationalen können so, und sie können auch anders. Die agitatorischen Gründe zur Bekämpfung der Regierung sind an den Haaren herbeigezogen gewesen — das erkennt man jetzt am besten aus dem Verhalten der Vertreter der Deutschnationalen im Verfassungsausschuß, wo sie es nun auf einmal mit den Wahlen gar nicht so eilig haben — im Gegenteil, wo es den Anschein hat, als ob den Herren Deutschnationalen die nunmehr bald stattfindenden Wahlen ein Dorn im Auge seien?

Das Ergebnis der Schlacht in Podolien.

Paris, 16. April. (Eig. Meldung.) **Aus Warschau wird dem „Temps" gemeldet, daß die viertägige Schlacht in Podolien mit einem Siege der polnischen Truppen endete. Die 41. Division der Sowjettruppen wurde zur Flucht gezwungen. Vier Geschütze, 21 Maschinengewehre und viel Kriegsmaterial fielen in die Hände der Sieger**

Der japanische Sieg über die Bolschewisten.

WTB. **Amsterdam**, 16. April. (Drahtnachricht.) **Aus Tokio wird gemeldet, daß die Japaner ihrem Sieg über die Bolschewisten östlich des Baikalsees großen Wert beimessen, weil dadurch der Vormarsch der Bolschewisten zum Stehen gebracht worden ist.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200417012/fragment/page=0001

Auch von den Freunden verlassen.

Die Kapp und Lüttwitz sehen sich heute nach ihrem Mißerfolg von allen denen verlassen, die ihnen freundlich gegenüberstanden, solange ihr Fiasko noch nicht ganz sicher erschien. In alldeutschen und antisemitischen Kreisen, wie z. B. „Hallische Zeitung", ist der Staatsstreich von Kapp-Lüttwitz zunächst mit Freuden begrüßt worden. „Nationalgesinntes Militär, dessen Oberleitung in den Händen Ludendorffs liegt, ist in Berlin eingerückt", jubelte die antisemitische „Staatsbürger Ztg." am 14. März. Nachdem das Abenteuer aber zusammengebrochen, höhnt dasselbe Antisemitenblatt am 28. März, daß das Unternehmen scheiterte, „weil General Lüttwitz kalte Füße bekam". Kapp war — so heißt es dort weiter — nur das Efeichen, das durch seine Schwere die Lawine ins Rutschen brachte — die „bolschewistische Lawine". Zugleich setzt die „Staatsb. Ztg." auseinander, wie Kapp hätte vorgehen müssen, um Erfolg zu haben:

„Ein Napoleon hätte sich auf keine parlamentarischen Verhandlungen eingelassen; er hätte die Nationalversammlung nach Hause geschickt und eine zeitlich begrenzte Militärdiktatur eingerichtet. Er hätte die Gewerkschaften aufgelöst, die Verbandsarchive verbrannt, die Vereinsvermögen für den Staat beschlagnahmt. Er hätte vielleicht 100 000 der radikalsten Führer erschießen lassen. Seine Soldaten würde er glänzend bezahlt haben, wie es jetzt die Rote Armee tut, und er hätte zugleich der Entente mitgeteilt, daß er den Bolschewismus unterdrücken müsse, weil sonst keine Gewähr vorliege, daß Deutschland die Friedensbedingungen erfülle. Dieser Plan hätte unbedingt glücken müssen."

Als ein Verbrechen am deutschen Volke wird in den „Alldeutschen Blättern" vom 27. März der Staatsstreich von Kapp-Lüttwitz mit Recht gebrandmarkt; aber auch eingestanden: „Wer die Haltung kennt, die der Alldeutsche Verband sofort nach dem November-Umsturz eingenommen hat . . . wird keinen Augenblick darüber im Unklaren sein, daß wir Alldeutschen das, was Herr Kapp und sein Kreis erstrebten, für notwendig und gut erklären müssen." Nur das Wie müsse verurteilt werden. Dadurch laste eine ungeheuere Schuld und Verantwortung auf Männer von unzweifelhafter Vaterlandsliebe, „die in solcher Art ihr Vaterland an den Rand des Abgrundes gebracht haben".

Die Kapp und Lüttwitz erfahren jetzt die Wahrheit des Wortes: Freunde in der Not gehen tausend auf ein Lot.

Internationale Regelung von Arbeiterfragen im Saargebiet.

WTB. **Saarbrücken**, 16. April. Der ehemalige französische Minister Albert Thomas, jetzt Sekretär des Arbeitsamtes des Völkerbundes, und der Präsident der internationalen Arbeiterkonferenz Fontaine trafen gestern in Saarbrücken ein und hatten eine Besprechung mit den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Durchführung der im 13. Teil des Friedensvertrags vorgesehenen internationalen Regelung der Arbeiterschutzgesetzgebung und der Arbeiterversicherungsgesetze. Die Besprechung fand unter dem Vorsitz des Grafen Moltke, Mitgliedes der Saarregierung, statt. Thomas und Fontaine legten dar, daß sie sich auf einer Informations- und Propagandareise befinden, um die Beschlüsse der internationalen Arbeiterkonferenz der gesamten Arbeiterschaft bekanntzugeben. Von den Vertretern der Arbeiterschaft wurde die restlose Einführung auch der nach der Besetzung des Saargebiets in Deutschland in Kraft tretenden sozialen Gesetze an der Saar gefordert. Dem Vernehmen nach beabsichtigen die Vertreter des Arbeitsamtes des Völkerbundes, demnächst auch mit der reichsdeutschen Arbeiterschaft Fühlung zu nehmen.

Vortragende Rätin und Regierungsrätin.

WTB. **Berlin**, 16. April. Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung wurde bei Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums von der Regierung mitgeteilt, beim Reichsarbeitsministerium sei die Einstellung einer Vortragenden Rätin und einer Regierungsrätin in Aussicht genommen. Ebenso sei die Beförderung von geeigneten mittleren Beamten zu Regierungsräten geplant.

Wahlaufruf der Deutschen demokratischen Partei.

Nationale Demokratie. — Arbeitsgemeinschaft der schaffenden Stände. — Keine Diktatur oder Nebenregierung. — Revision des Friedens.

Der Vorstand der Deutschen demokratischen Partei veröffentlicht folgenden Wahlaufruf:

An das deutsche Volk!

In kurzer Frist werden Männer und Frauen den ersten Reichstag der deutschen Republik wählen.

Was erwartet das deutsche Volk von diesem Reichstag? Die Bewahrung vor dem Bürgerkrieg, die Ueberwindung des Klassenkampfes, den Wiederaufbau der Volkswirtschaft und damit der nationalen Kraft, die Erhaltung und Festigung der Reichseinheit, die Wiederherstellung des deutschen Ansehens in der Welt.

Es gibt nur einen Weg zu diesem Ziel: Den Ausbau unseres Staates auf der Grundlage des gleichen Rechts für alle,

die nationale Demokratie.

Diese Grundlage ist durch die Weimarer Verfassung geschaffen. Auf ihrem Boden hat die Koalition der Mehrheitsparteien gearbeitet. Die Ereignisse seit dem 13. März, der reaktionäre Gewaltstreich der Kapp und Lüttwitz und der Wiederausbruch der bolschewistischen Revolution als seine Folge haben jedem, der sehen kann, zeigen müssen, daß diese Mehrheit die einzig regierungsfähige war.

Die Deutsche demokratische Partei hat in der Politik dieser Koalition nicht alle ihre Hoffnungen erfüllt gesehen. Aber nur gewissenlose Agitation kann leugnen, daß auf dem Trümmerfeld unserer äußeren und inneren Politik unter schwersten Bedingungen die

Anfänge von Ordnung und Aufbau geschaffen

sind. Durch die grundlegende Arbeit unserer Partei hat sich das deutsche Volk die edelste und freieste Verfassung der Welt als Grundlage der neuen Entwicklung gegeben. Die Reichseinheit ist allem Ansturm und allen Verlockungen zum Trotz erhalten, die Verwaltung im Reich vereinheitlicht worden. Mit der Demokratisierung der Wirtschaft ist die

Arbeitsgemeinschaft aller schaffenden Kräfte im Betrieb angebahnt

und damit der einzige Weg zur Ueberwindung des Klassenkampfes durch Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Frieden beschritten. Die kopflose und abenteuerliche Finanzgebarung der Kriegszeit ist in geordnete Wege geleitet. Das Deutsche Reich ist wieder kreditwürdig und kreditfähig gemacht.

Was dem deutschen Volk und der deutschen Wirtschaft gegenüber den zerstörenden Kräften von links in dieser Zeit an Grundlagen der Ordnung und des Wiederaufbaues geschaffen ist, das verdanken sie der Arbeit der Mehrheitsparteien, nicht den Parteien der Rechten, die in ständiger demagogischer Opposition die Autorität der Regierung geschwächt, den guten Willen der Bevölkerung beirrt und erschüttert und den Boden bereitet haben für die frevelhafte Tat vom 13. März, durch die wir aus mühsam geschaffenen hoffnungsvollen Anfängen wieder in das Chaos zurückgeworfen wurden.

In Flensburg haben wir gesehen, daß die deutsche Demokratie werbende nationale Kraft besitzt. Die Aufstände des Kapp-Putsches und des Ruhrgebietes und der Einmarsch der Franzosen haben uns von neuem die Augen darüber geöffnet, wie Klassen- und Gewaltpolitik von rechts und links die Vernichtungspolitik unserer Feinde unterstützt.

Die Mehrheitsbildung auf demokratischer Grundlage wird auch fernerhin allein Deutschland vor dem Bürgerkrieg schützen und das Werk des Aufbaues fortführen können.

In einer solchen Mehrheit ihren Einfluß zu stärken, ist das Ziel der Deutschen demokratischen Partei bei den kommenden Wahlen. Denn wir wollen über der Notwendigkeit der Zusammenarbeit die tiefgreifenden Unterschiede nicht vergessen und verwischen, die uns von den beiden anderen Koalitionsparteien trennen.

Der Sozialdemokratie gegenüber

verstehen wir die Republik nicht als Hoffnung auf die Vorherrschaft einer Klasse, sondern als grundsätzlich und für immer klassenfreie Vertretung des ganzen Volkes unter gleicher Teilnahme aller Berufe, nicht als parteipolitische Durchdrängung der ganzen Staatsverwaltung, sondern als Festlegung der politischen Grundrichtungen der Regierung und im übrigen als Auslese der fähigsten Fachleute. Die Arbeitnehmer müssen ihr volles soziales, politisches und wirtschaftliches Recht erhalten, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Wir wollen und dulden keine kapitalistische Ausbeutung, aber wir wollen auch

keine Diktatur oder Nebenregierung

einer Berufsschicht, sei sie noch so bedeutend. Unsere Partei steht und fällt mit dem reinen demokratischen Gedanken.

Alle wirtschaftliche Hebung des Arbeiterstandes durch Löhne oder Staatshilfe ist abhängig von der

Ertragsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft.

Diese Ertragsfähigkeit beruht auf der freien Entfaltung persönlicher Tüchtigkeit und schöpferischen Unternehmungsgeistes. Im Interesse des wirtschaftlichen Gedeihens des ganzen Volkes lehnen wir jede Wirtschaftsform ab, die diese wesentlichen Kräfte des Aufstiegs bürokratisch einengt. Die Wirtschaft kann nur gesund bleiben, wenn für Unternehmer, Angestellte und Arbeiter im Ertrag und wirtschaftlichen Erfolg der Arbeit Tüchtigkeit, Fleiß und überlegene Fähigkeiten sich belohnt sehen.

Dem Zentrum gegenüber

werden wir zugunsten der kirchlichen und aller religiösen Gemeinschaften auch unsererseits die Freiheit der Religion und die Selbstverwaltung der religiösen Gemeinschaften anerkennen. Aber wir müssen auf dem Gebiet der Schul- und Bildungspolitik die geistige Einheit unseres Volkes nach Möglichkeit behaupten, die nicht durch religiöse Machtkämpfe noch mehr gefährdet werden darf. Wir wollen daher eine Auseinandersetzung mit den moralisch und religiös so wertvollen kirchlichen Gemeinschaften auf dem Wege des Friedens und der Verständigung, nicht des Machtkampfes und der geistigen Entzweiung. Wir wollen insbesondere auch den ewigen, unzerstörten und unzerstörbaren Besitz unserer geistigen und wissenschaftlichen Bildung überkonfessioneller Art allen erhalten und zugänglich wissen, die davon leben und danach begehren! Wir betrachten die Schule als eine Angelegenheit des Staates, der auf dem Gebiete des Religionsunterrichtes die religiösen Bedürfnisse des Volkes erfüllen soll.

So halten wir auch in der Zusammenarbeit mit anderen Parteien unsere eigenen politischen, sozialen und kulturellen Ideen und Aufgaben fest.

Politisch: Kein zentralistisches, aber ein einheitliches Deutsches Reich mit demokratischer Selbstverwaltung der Länder und Stämme, die Durchführung der reinen Demokratie in der Verwaltung unter strenger Bekämpfung von Krippenjägerei und Korruption, Verminderung der Steuerlast durch äußerste Sparsamkeit in der Verwaltung. Die Erhaltung der Reichswehr und ihr Schutz gegen Verunglimpfung und Mißbrauch durch staatsfeindliche Elemente.

Sozial: Entfaltung aller gesunden wirtschaftlichen Kräfte, Schutz aller anständigen Arbeit, Bekämpfung des Wuchers und des Schiebertums — auch durch Abbau der Zwangswirtschaft, Ersatz der Erwerbslosenunterstützung durch eine gesunde und zweckmäßige Erwerbslosenversicherung, energische Durchführung des Siedlungsgesetzes, Durchdringung der ganzen Wirtschaftspolitik mit dem sozialen Gedanken der Solidarität aller Volksgenossen und der Arbeit.

Kulturell: Schnelle und energische Durchführung des verfassungsmäßigen Aufbaues des deutschen Bildungswesens nach dem Grundsatz der Befreiung der Bildungsauslese von den Zufälligkeiten des Standes und der wirtschaftlichen Stellung. Achtung der religiösen Ueberzeugung und der geistigen Freiheit. Erziehung des Volkes zur richtigen Wertung geistiger Arbeit als der Kraft der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Führung.

Tatkräftige und sachkundige Außenpolitik,

die national und international gleich zuverlässig ist, den wahren Völkerbund, der Deutschland nicht erdrosselt, sondern in seinem ganzen nationalen Verband einigt, der uns

Die Insel der „Verbannten".

(Nachdruck verboten.)

Die Schweiz ist der Zufluchtsort mancher Entwurzelten geworden. Nicht nur Schieber verzehren ihr Geld auf dem Boden der schweizerischen Freiheit, auch die Fürsten, die der Weltkrieg von ihren Thronen und Thrönchen herabgefegt hat, haben dort ihre neue Heimat gefunden. Der Berichterstatter einer norwegischen Zeitung schildert das Leben in dieser Exilsheimat der Fürsten St. Moritz folgendermaßen:

„Das Hotel „Engadiner Kulm" liegt in blendendes Licht getaucht; es ist kurz nach der Dinerzeit. In dicken Wolken schwebt der Zigarrenrauch über den dünnhaarigen Häuptern der Herren. Die Klänge des Orchesters dringen durch die weiten Räume. Die Herren sind natürlich alle in Smoking, die Damen in großer Toilette. Zwar sieht man hier und da einen Frack mit Orden überlädt, aber im allgemeinen überwiegt doch der Smoking. In der Nähe des italienischen Orchester sitzt eine Gesellschaft: „Er" ist schwarzhaarig wie ein Indier und „sie" hat etwas von „Fatime" in ihren Linien. Das ist: das alte „ungekrönte Königspaar der Ukraine", das von den Stürmen der Zeit, wie viele andere, nach St. Moritz verschlagen wurde. Je mehr die Zeit vorschreitet, um so lebhafter wird das Treiben. Jetzt erscheint der ehemalige Griechenkönig Konstantin, der sonst seine Abende in dem eleganten Café Carlton zuzubringen pflegt. Sein Begleiter, Oberst Levidis, mustert den Saal, und als er den jungen Erzherzog Albrecht Franz von Oesterreich bemerkt, gibt er seinem hohen Herrn ein Zeichen, der darauf den jungen Habsburger, wie ein guter Onkel, zunickt. Der spanische Botschafter in Rom, Fernando Definanes, hat sich soeben mit dem Herzog von Alba an einem Tische niedergelassen. Der Herzog ist wohl nur nach St. Moritz gekommen, um sich dort zu amüsieren, aber der spanische Gesandte?

Wieviel politische Drähte mögen wohl innerhalb der eleganten Räume des Engadin-Hotels geknüpft werden? Oder ist es vielleicht nur ein Zufall, daß der englische Gesandte in Bern und der rumänische Gesandte in Rom gleichzeitig mit dem französischen Geschäftsträger in Konstantinopel hier weilen? Vor einiger Zeit sprach man viel darüber, daß Deutschlands früherer Vertreter in Wien, Graf Wedel, im Automobil nach St. Moritz kam, um dort mit einem fremden Diplomaten zusammenzutreffen. — Gräfin Stefani, des toten Belgierkönigs Leopold Tochter, einst mit Kronprinz Rudolf von Oesterreich verheiratet, jetzt die Gemahlin des Grafen Lonyai, fehlt niemals unter den vielen, die sich die Abendstunden im Café des Engadin-Hotels vertreiben. Sie ist sehr gealtert, und die Ereignisse der letzten Jahre haben tiefe Furchen in ihr Angesicht gegraben. Ueber ein Jahr leben sie und ihr Mann als Flüchtlinge bereits in der Schweiz. Prinz Paul von Serbien und seine junge Gemahlin fehlen niemals an den Stellen, wo das Vergnügungsleben blüht, wenn sie es auch vorziehen, sich in gehöriger Entfernung von den übrigen exilierten Fürsten zu halten. Augenblicklich spricht man sehr viel von dem bekannten baltischen Baron Uexküll, dessen Güter sich bereinst von der Ostsee bis zu den unendlichen Wäldern Sibiriens verteilten, dessen ganzer irdischer Besitz aber gegenwärtig nur noch einige tausend Franks beträgt. Ihn hat wohl nur die Polizei nach St. Moritz gezogen, denn er sitzt mit dem englischen Major Robertson an einem Tische und studiert dort mit ihm eine Riesenkarte. Prinz Nikolaus von Rumänien und seine elegante Freundin, die jeden Abend Brillanten und Juwelen im Werte von vielen Millionen zur Schau trägt, deren Name aber niemand kennt und über die ganz St. Moritz spricht, sitzt in einem Cockpit, und die Infantin Beatrice von Spanien hat eine kleine Herzzigarette zwischen den Lippen, während Erzherzog Max von Oesterreich und seine junge Gemahlin, eine geborene Hohenlohe, nur Augen für einander haben.

Prähistorischer und archäischer Expressionismus.

Vortrag mit Lichtbildern von Dr. v. Sydow-Leipzig.

In seinem zweiten Vortrag über „Expressionistische Kunst und Kultur" wies der Leipziger Gelehrte nach, daß es expressionistische Kunst in allen Entwicklungsstadien der zum Bewußtsein ihrer selbst erwachten Menschheit gegeben hat und daß der Expressionismus auf den verschiedensten Kulturstufen den Naturalismus aufgehoben und abgelöst und damit den künstlerischen Ausdruck des Kulturinhalts einer jeden Epoche höher gegipfelt hat. Wie die ältesten und alten uns überkommenen expressionistischen Bildwerke die paradiesische Zufriedenheit und das Gefühl des Alleinseins mit der Natur der damaligen Menschheit dartun, so gibt der heutige Expressionismus die Zerrissenheit, Zerklüftung, Unruhe und den Skeptizismus des modernen Bewußtseins wieder.

An einer großen Zahl von Lichtbildern deckte der Vortragende die Entwicklung des Expressionismus von der Steingzeit bis gegen Ende des Mittelalters auf. In der ältesten Steingzeit schon finden sich neben rein naturalistischen Formgebungen Stilisierungsversuche und deutlich geometrisierte Ornamente. Im 4. Jahrtausend v. Chr. macht sich eine allgemeine Vorliebe für abstrakte Betrachtungs- und Gestaltungsweise bemerkbar, die sich durch ganz Europa bis nach Asien hinein Geltung verschafft. Damit ist die naturalistische von der expressionistischen Darstellungsform überwunden. Der prähistorische Expressionismus hat seinen Höhepunkt erreicht und wird abgelöst vom archäischen, dessen Entwicklung bis zum Beginn des 5. Jahrhunderts v. Chr. zu verfolgen ist.

Die Nomaden haben vorzüglich die naturalistische und die Ackerbau treibenden und damit seßhaft gewordenen Völker die expressionistische Kunst gepflegt. Nach der Meinung des Vortragenden ist für die Entwicklung des Expressionismus bei den höher kultivierten seßhaften Völkern die Frau, deren Vorliebe für Ornamentik durch die von ihr geübte Töpferei genährt wurde, von entscheidendem Einfluß gewesen. Die Szenenbilder auf griechischen Vasen bis weit ins 6. Jahrhundert v. Chr. sind als die letzten Ausstrahlungen des archäischen Expressionismus zu betrachten.

Die Führung auf künstlerischem Gebiete geht nun auf die Griechen über. Die griechische Bildkunst ist während ihrer Blütezeit und weit darüber hinaus durchaus naturalistisch. Erst zur Zeit der Völkerwanderung zeigen sich wieder expressionistische Formen. Die Kelten beispielsweise stilisierten nach griechischen Motiven und die Langobarden nach Vorbildern aus der Natur.

An weiteren Bildern zeigte der Vortragende das Auf und Ab von Naturalismus und Expressionismus bis ins Mittelalter. Schon in seinem ersten Vortrag hatte er darauf hingewiesen, daß der Expressionismus Elemente des Volkstümlichen unbeachtet läßt. Er machte wieder auf diese Tatsache aufmerksam, ohne sie indessen weiter zu erklären.

Der letzte Vortrag, der vom Expressionismus bei Grünewald, Dürer und deren Zeitgenossen handeln wird, findet am 26. April statt.

A. Ka.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200417012/fragment/page=0002

die Erfüllung unserer internationalen Verpflichtungen durch Gesundung und Festigung wie durch wirklichen Frieden mit allen Völkern ermöglicht.

Revision des Friedens

von Versailles und St. Germain, eine gegenseitig sich schützende Völkerordnung. Erhaltung und Stärkung alles bedrohten Deutschtums auch außerhalb des Reiches.

So sehen wir das Gewordene, so wollen wir das Werdende gestalten. Wer mit uns eins ist im Willen aufwärts und vorwärts, in der Klarheit über die Wege, die dahin führen, wer unerschütterlich an das deutsche Volk glaubt, wer die Verfassung in Treue halten will, der schließe sich an unsere Reihen, der verschwende nicht die Macht seiner Stimme an Parteien, die Unmögliches wollen und uns dadurch weiter in unfruchtbare, zerstörende, innere Kämpfe stürzen.

Deutsches Volk! Jetzt gilt es! Recht oder Gewalt, Freiheit oder Knechtung, Gleichheit oder Diktatur, Frieden oder Krieg! Bei Dir liegt die Entscheidung!

Wenn Du den Aufstieg willst und nicht den Niedergang, dann stimme für die Deutsche demokratische Partei!

Der Vorstand der Deutschen demokratischen Partei.
Senator Dr. Petersen, Vorsitzender.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Berlin, 16. April. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25 Minuten und teilt mit: Ein Antrag wegen Strafverfolgung des Abgeordneten Braß wegen Landesverrats usw. ist eingegangen. Er wird dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen. Der Abg. Koenemann (Dn.) ist gestorben. (Die Abgeordneten haben sich von den Plätzen erhoben.)

Anfragen.

Eine Reihe von Anfragen erledigt sich, weil die anfragenden Abgeordneten zur Verlesung nicht erschienen sind.

Auf Anfrage Jungnickel (Soz.) wegen Unterstützung notleidender Gemeinden im sächsischen Erzgebirge mit Bekleidungsgegenständen wird regierungsseitig geantwortet, daß die Reichsregierung sich mit dem sächsischen Wirtschaftsministerium ins Benehmen gesetzt habe. Dieses werde im Verein mit den Ortsbehörden eventuell eine besondere Hilfsaktion einleiten.

Auf Anfrage Dr. Koutsch (Dn.) wegen Vermeidung des Religionsunterrichts aus der sächsischen Volksschule wird regierungsseitig geantwortet, daß auf Einspruch des Reichsministers des Innern die sächsische Regierung eine Verordnung erlassen habe, die die weitere Erteilung des Religionsunterrichts ermögliche.

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über das Enteignungsrecht von Gemeinden bei Aufhebung von Rayonbeschränkungen.

Der Gesetzentwurf wird nach den Anträgen des Ausschusses mit geringen Aenderungen ohne Erörterung angenommen. Ebenso in dritter Lesung.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die Grundschulen und Aufhebung der Vorschulen.

Abg. Mumm (Dn.) beantragt, von einer Beratung und Beschlußfassung abzusehen, um den Beratungen der großen Reichsschulkonferenz nicht vorzugreifen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Abg. Heilmann (Soz.): Das Gesetz bietet uns das allerbescheidenste Minimum von dem, was wir fordern müssen. Wir hoffen, daß die Regierung uns bald

eine sechsjährige Grundschule

vorlegen wird, ebenso eine Vorlage betreffend der Lehrerbildungsfrage.

Abg. Rheinländer (Ztr.): Die politische Demokratie muß auch eine Kulturdemokratie zur Folge haben. An geistiger Freiheit muß das Volk seine Erholung suchen. Das vorliegende Gesetz schafft Klarheit über den Begriff der Grundschule. Diese ist nicht Simultanschule, sonst müßten wir sie ablehnen. Der Mechanismus des bisherigen Schulwesens muß zum Organismus werden. Auch die verschiedenen Lehrerkategorien werden sich jetzt näher treten.

Abg. Dr. Krätzsch (Dn.): Aus der auseinandergehenden Beurteilung des Entwurfes seitens der beiden Vorredner ist die Bedeutung und Wichtigkeit desselben zu ersehen. Die Abschaffung der Vorschule ist sehr zu bedauern. Wir haben die allerschwersten Bedenken gegen das Gesetz.

Abg. Kilz (Dem.) begrüßt das Gesetz als einen wesentlichen Fortschritt. Die vierklassische Grundschule ist die richtige Grundlage.

Abg. Dr. Kunkel (D. Vpt.): Nicht die Grundschule als solche bekämpfen wir, aber wie kann man einen Grundstein legen, ohne über den weiteren Bau sich klar zu sein? Die Bestimmungen des Gesetzes dürfen keine Anwendung auf Hilfsschulen für Schwachsinnige finden.

Abg. Kunert (U. S.) befürwortet Anträge seiner Partei, die unter anderm die Grundschule auf acht Jahrgänge ausdehnen wollten. Meine Fraktion wird wahrscheinlich dem Gesetz im Ganzen zustimmen wegen seines wichtigen Grundgedankens, trotzdem es uns die Fassung der einzelnen Paragraphen sehr schwer macht.

Unterstaatssekretär Schulz stellt fest, daß eine weitgehende Uebereinstimmung in allen Parteien über den Gedanken der Einheitsschule sich herausgestellt hat. Die Frage der Konfessionsschule hat mit dem vorliegenden Gesetz nichts zu tun. Ich persönlich bin der Meinung, daß eine längere Dauer der Grundschule wünschenswert wäre. Aber man muß zunächst das Mögliche erreichen. Das Lehrerbildungsgesetz liegt vor.

Der Kapp-Putsch hat die Beratungen zur Reichsschulkonferenz gestört. Sie soll nunmehr stattfinden unmittelbar nach den Wahlen. Ihre Ergebnisse werden die neue Reichsschulgesetzgebung ermöglichen.

Paragraph 1 wird mit Abänderungsanträgen der Mehrheitsparteien angenommen.

Zu Paragraph 2 bemerkt Abg. Dr. Mumm (Dn.), daß den Privatschulen durch die Wegnahme ihrer Vorschule die Existenzmöglichkeit genommen wird.

Abg. Frau Schmidt (Ztr.): Die Reichsregierung muß bei den einzelnen Ländern darauf dringen, daß beim Abbau der Privatschulen Lehrkräfte und Schulleiter entsprechend entschädigt werden.

Paragraph 2 wird nach der Fassung des Ausschusses angenommen.

Paragraph 3 sieht vor, daß beim Abbau der Vorschulklassen entbehrlich werdende Lehrpersonen auch gegen ihren Willen an öffentliche Volksschulen oder andere Lehranstalten versetzt werden können.

Paragraph 3 wird in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Paragraph 4 will nur in besonderen Fällen Privatunterricht zulassen.

Anträge auf Streichung des Paragraphen 4, gestellt von den Deutschnationalen und den Unabhängigen, werden abgelehnt. Paragraph 4 bleibt nach Fassung des Ausschusses unverändert, ebenso der Rest des Gesetzes.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfes auf Aufhebung der Gebührenfreiheit im Post- und Telegraphenwesen. Das Gesetz wird ohne Aussprache in erster Lesung erledigt und an den Hauptausschuß verwiesen.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Interpellationen betreffend Eupen und Malmedy und betreffend polnische Verkehrssperre, außerdem Wochenhilfe und Bericht der Ausschüsse.

Schluß 4⁄8 Uhr.

Großes Schadenfeuer in Harburg.

Harburg a. d. Elbe, 16. April. In der vergangenen Nacht sind die umfangreichen Gebäude der Zollniederlage, in denen große Vorräte an Futter- und Nahrungsmitteln lagerten, niedergebrannt. Der Schaden beträgt ohne den Gebäudeschaden 25 Mill. Die Ursache des Feuers konnte bisher nicht festgestellt werden.

Bekämpfung revolutionärer Wühlereien in Holland.

WTB. Amsterdam, 16. April. Nach dem Haager Korrespondenzbüro brachte die Regierung in der zweiten Kammer einen Gesetzentwurf ein, betreffend Bekämpfung revolutionärer Wühlereien. Mit einer Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren wird gedroht, wer zu im Auslande befindlichen Personen oder Körperschaften in Beziehung steht oder tritt, um in Holland eine gewaltsame Umwälzung vorzubereiten oder zu unterstützen. Die gleiche Strafe steht auf der vorsätzlichen Einführung von Gegenständen, die die Unterstützung einer solchen Umwälzung bezwecken.

Deutsches Reich.

Feldmarschall v. Mackensen wird nicht, wie früher gemeldet wurde, seinen Wohnsitz nach dem Harz verlegen, sondern nach einem von ihm angekauften Landsitz in Falkenwalde bei Stettin übersiedeln.

Massenkündigungen im Polenerr Schuldienst. Der Magistrat der Stadt Posen hat am 15. März d. J. weiteren 109 deutschen Lehrern und 47 deutschen Lehrerinnen den Dienst gekündigt. Vor dem Kriege gab es an den Volksschulen 25 Lehrer und 85 Lehrerinnen, von ihnen bleiben jetzt infolge des Rückganges in der Zahl der deutschen Schulkinder nur noch 58 Lehrer und 42 Lehrerinnen im Amt, alle anderen Stellen werden von polnischen Lehrern und recht fragwürdigen Aushilfslehrern versehen. Den entlassenen Lehrern wurde gleichzeitig mitgeteilt, daß sie vom 1. April ab das Gehalt lediglich nach der alten Besoldungsordnung ohne Teuerungszulagen erhalten sollen; das bedeutet für den einzelnen eine Herabsetzung des Einkommens auf knapp ein Drittel der gegenwärtigen Bezüge. Wenn es die Absicht der polnischen Regierung ist, die Entwicklung Westpolens zurückzuschrauben auf den Stand der vormals russischen Ostgebiete, so dürften die in der Stadt Posen angewandten Mittel bald zu diesem Ziele führen.

Die Lehrerinnen-Ehe begegnet nirgends so heftigem Widerstande wie in Bayern, obwohl nach Art. 128 der Reichsverfassung alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte, also auch das Ehe-verbot, aufgehoben sind. Der Reichsausschuß hat in seiner Sitzung am 24. Februar gleichfalls in diesem Sinne Stellung genommen und den Unterrichtsverwaltungen der Länder empfohlen, bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes für ihren Amtsbereich eine vorläufige Regelung für Lehrerinnen unter Würdigung der Bestimmungen der Reichsverfassung zu treffen. Und als Antwort darauf hat am 24. März eine Mehrheit im Bayerischen Landtag die Verfassungsbestimmung verworfen und die Lehrerinnen-Ehe für Bayern wiederum verboten.

Das deutsche Posen. Bald nach der Besetzung Posens durch die Italiener wurde dort eine italienische Buchhandlung begründet, der man als Namenspatron keinen Geringeren als Dante gab. Jetzt muß diese Buchhandlung wieder aufgelassen werden, teils weil sie ausschließlich Geschäfte machte, teils weil sich in ganz Posen kein Hausbesitzer findet, der ihr einen Laden vermieten will, nachdem ihr ihre bisherigen Geschäftsräume gekündigt worden sind. Die deutschen Buchhandlungen der Stadt blühen nach wie vor dem Kriege und der Besetzung.

Halle und Umgebung.

Halle, den 17. April 1920.

Wohngemeinde gegen Betriebsgemeinde.

Vor dem Oberverwaltungsgericht gelangte ein Prozeß zur Verhandlung, an welchem die Stadtgemeinde Halle, die Landgemeinden Canena, Diemitz und Büschdorf beteiligt waren.

Der Streit drehte sich um die Gewährung eines Zuschusses zu den Schul- und Armenlasten für das Jahr 1914, da Mehrausgaben durch Arbeiterkinder entstanden seien, deren Väter von der Eisenbahndirektion auf dem Bahnhof in Halle beschäftigt werden; bei der Bemessung des Zuschusses wurden auch Kinder von Bergarbeitern in Betracht gezogen, die der Bruckdorf-Nietlebener Bergbauverein beschäftigte. Gegen die Festsetzung des Zuschusses und das Urteil des Bezirksausschusses erhoben Halle und die Landgemeinde Canena das Rechtsmittel der Berufung beim Oberverwaltungsgericht, welches trotz langer Verhandlung und Beratung keine Entscheidung fällen konnte und den Beschluß faßte, die Parteien von dem Urteil schriftlich in Kenntnis zu setzen.

Professor Cornills Nachfolger.

Berlin, 16. April. (Eigene Drahtnachricht.) Professor Dr. theol. und phil. Hermann Gunkel von der hiesigen Universität hat einen Ruf nach Halle als Nachfolger des Geheimen Konsistorialrates Professor Cornill erhalten.

Der 1. Mai kein gesetzlicher Feiertag.

Aus Dresden wird gemeldet: In letzter Zeit sind wiederholt von Gerichten und anderen Behörden Termine auf den 1. Mai angesetzt worden, was die Beteiligten zu dem Einwand veranlaßt hat, der 1. Mai sei doch im ganzen Deutschen Reiche gesetzlicher Feiertag, und behördliche Termine irgendwelcher Art könnten daher an diesem Tage nicht abgehalten werden. Dieser Einwand ist unzutreffend. Zurzeit ist der 1. Mai noch nicht gesetzlicher Feiertag. Die endgültige Festlegung dieses Feiertages soll erst nach Friedensschluß und nach Verabschiedung der Reichsverfassung erfolgen. Die Verfassung ist am 11. August 1919 verkündet, der Friede am 10. Januar 1920 geschlossen worden. Die endgültige Festlegung des allgemeinen Feiertages ist aber noch nicht erfolgt. Soll auch in diesem Jahre und überhaupt künftig der 1. Mai als allgemeiner Feiertag gelten, so bedarf es dazu noch eines besonderen Reichsgesetzes, das schleunigst erlassen werden müßte.

Das Ende der Fahrkartenautomaten. Die auf den Bahnhöfen aufgestellten Fahrkartenautomaten werden Ende April von der Bildfläche verschwinden, da der Vertrag zwischen der Eisenbahnverwaltung und der Automatengesellschaft gelöst worden ist. Dieser „Abbau" ist bedauerlich. Die Automaten waren immerhin bei den nach immer unvermeidlichen Schalterpolonäsen auf manchen Bahnhöfen willkommene Nothilfe.

Holzarbeiterstreik in der Hallischen Maschinenfabrik. Die Modellschlosser und Holzarbeiter in der Hallischen Maschinenfabrik und Eisengießerei haben am Freitag die Arbeit wegen Lohnforderungen niedergelegt.

Strafkammer.

Auf der Anklagebank hatten 17 Personen Platz zu nehmen, die wegen schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug und wegen Hehlerei angeklagt waren. Auf dem Hettstedter Bahnhof war für eine große Firma Zucker eingetroffen, von dem der Arbeiter Eduard Gutjahr auf einen vom Arbeiter Paul Knothe gefälschten Schein 100 Mark ausgehändigt erhielt. Der Arbeiter Ernst Schöppe leistete beim Absatz des Zuckers Hilfe. Die übrigen 14 Personen waren beschuldigt, teils beim Verkaufe Beihilfe geleistet, teils den Zucker angekauft und dadurch sich der Hehlerei schuldig gemacht zu haben. Die Käufer hatten in dem guten Glauben gehandelt, der Zucker sei Auslandszucker, und da sie Preise von 6 bis 7,50 Mark für das Pfund bezahlt hatten, so stand die Anklage wegen Hehlerei auf sehr schwachen Füßen. Neun Personen wurden denn auch ganz freigesprochen, während je eine zu 3 und zu 4 Monaten sowie zu 3 Wochen Gefängnis, 2 zu je 2 Wochen Gefängnis verurteilt wurden. Gutjahr erhielt ein Jahr, Schöppe 1 Jahr 6 Monate, Knothe 9 Monate Gefängnis. Diesen drei wurden auch 2 und 3 Monate der erlittenen Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet.

Provinzial-Nachrichten.

Die Zukunft des Friedrichs-Polytechnikums.

⚘ Cöthen, 16. April. Die Unruhen des März mit ihren Kämpfen werfen ihre dunklen Schatten noch nachträglich auf das Friedrichs-Polytechnikum in Cöthen. Etwa 300 junge Studierende haben in diesem Semester neu aufgenommen werden können, aber die sozialdemokratischen Parteien sehen voll Unmut auf die Bildungsstätte, weil deren Angehörige als Zeitfreiwillige mit der Masse in der Hand gegen die Arbeiterschaft gestanden haben. Die sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder arbeiten auf eine Auflösung des Polytechnikums hin; sie meinen das Gebäude als Gewerkschaftshaus und als Fortbildungsschule gut benutzen zu können, während der Verkauf der wertvollen Einrichtungen und Sammlungen einen schönen Erlös gäbe. Die bürgerlichen Parteien bekämpfen natürlich derartige Pläne aufs schärfste. Beruhigend aber für die Stimmung, die gegenwärtig in bezug auf das Polytechnikum in Cöthen herrscht, ist die Tatsache, daß die Polizeiverwaltung, um das Verbindungswesen zu unterdrücken, der Studentenschaft das Tragen ihrer Verbindungsfarben verboten hat. Schon einmal, genau vor hundert Jahren, im Jahre 1820, verboten deutsche Regierungen auf Grund der von Metternich veranlaßten Karlsbader Beschlüsse den Studierenden der deutschen Hochschulen das Farbentragen. Da mutet es seltsam an, daß 1920, in der Zeit der neuen deutschen Freiheit, das Farbenverbot aus den Tagen der schärfsten Reaktion eine Auferstehung erleben kann.

Drohmaßnahmen der Eichsfeldschen Bauern gegen die unruhigen Städter.

Heiligenstadt, 16. April. Der Landwirtschaftliche Kreisverein des Eichsfeldes befaßte sich in seiner Sitzung mit den jüngsten Vorgängen in Heiligenstadt, wo es gleichfalls zu allerlei Ausschreitungen gekommen war. Der Vorsitzende, Oekonomierat Lorenz in Geismar, erklärte: Wir meiden die Stadt, bis sie sich bessert. Den Kapp-Putsch bedauern wir eichsfeldschen Bauern ohne Ausnahme, aber die Arbeiter hatten kein Recht, die Bürger zu terrorisieren und ihren Terror auch auf das Land auszudehnen. Wir werden im Falle einer Wiederholung mit dem Liefersstreik antworten. Für jetzt verlangen wir eine strenge Bestrafung der Anführer. Die Versammlung faßte daraufhin einstimmig eine Resolution, in der es heißt: Jeder Belästigung eines Kreisvingesessenen durch Aufrührer werden wir Landbewohner mit den schärfsten Maßnahmen entgegentreten und auch vor Einstellung der Lieferungen nicht zurückschrecken. Sorgen dagegen die Städte für Ruhe und Ordnung, so wollen wir unsere ganze Kraft einsetzen, um die notleidende Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen.

Schkopau, 16. April. (Nutz- und Brennholzversteigerung.) Zu der von der hiesigen Rittergutsverwaltung veranstalteten Versteigerung des in den hiesigen Waldungen geschlagenen Nutz- und Brennholzes hatten sich zahlreiche Kauflustige eingefunden, so daß sich bald ein lebhaftes Geschäft entwickelte. Die angesetzten niedrigen Taxäße blieben von den Käufern ganz unbeachtet und wurden sprungweise überboten, indem z. B. eine Eiche von 2 fm. zum Taxwert von 10 Mk. für 1900 Mk. und eine Eiche von 3 fm. zum Taxwert von 150 Mk. für rund 3000 Mk. erstanden wurden. Für Scheitholz wurde bis 190 Mk. pro ebm bezahlt. Das auf Abraum kostete der Haufen bis 65 Mk.

× Döllnitz, 16. April. (Die Fabrikation der Naßpreßsteine) hat auf der zum hiesigen Rittergute gehörigen Braunkohlengrube 90/496 am vergangenen Montag begonnen.

Laucha, 16. April. (Ein unangenehmer Liebhaber.) Um seine Geliebte hier zu erschießen, gab der Maler Helmut Buchner aus Naumburg nachts von einem Baume in einem Garten der Herzenstraße in Laucha aus einem Armeerevolver mehrere Schüsse ab. Als einige Männer sich dem Baume näherten, drohte er, sie ebenfalls zu erschießen, da er genügend Munition bei sich führe, auch werde er die benachbarten Häuser anbrennen, wenn man ihn nicht gewähren lassen wolle. Auf Anraten des Bürgermeisters sah man davon ab, Feuerwehr und Schützen zu alarmieren, dagegen verhandelte der Bürgermeister von einem Hause aus mit dem Tobenden, den er schließlich dazu bewegte, Munition und Waffe wegzuwerfen, worauf die Festnahme des Mannes durch die Polizei erfolgte.

Vermischtes.

Fassadenkletterer stiegen in Berlin am Köllnischen Park Nr. 1 an dem Mauerwerk des Eckhauses empor und drangen in die Räume der Handelszentrale deutscher Kaufleute ein, aus denen sie für 150 000 Mk. Nähseide usw. stahlen.

Unterschlagung bei der Neuköllner Stadtbank. Die Neuköllner Stadtbank ist durch zwei ungetreue Beamte um rund 190 000 Mark geschädigt worden. Die Unterschlagungen des Kassierers der Bank, Waldemar Kraft, und des Buchhalters Kriedemann beziffern sich auf rund 276 500 Mark, von denen aber ein Teil zurückerstattet worden ist. Die Unterschlagungen Krafts reichen bis in das Jahr 1906 zurück. Durch unrichtige Bilanzaufstellungen hat er sie bisher verdeckt. Kraft und Kriedemann wurden verhaftet. Sie haben das Geld, wie sie gestanden, in den letzten Jahren in lustiger Gesellschaft durchgebracht.

Die Baptisten wollen die Indianer zivilisieren. Ein großangelegtes Werk der inneren Mission planen die nordamerikanischen Baptistengemeinden zugunsten der Indianer, die von der amerikanischen Zivilisation bisher recht stiefmütterlich behandelt worden sind. Die Hilfsaktion der Baptisten wird sich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200417012/fragment/page=0003

nicht auf den Bau von Kirchen beschränken, sondern sie will vor allem auch durch Gründung von Schulen und Werkstätten die wissenschaftliche Bildung der Indianer fördern und sie daneben zu einem berufstätigen Leben erziehen. Nach den Mitteilungen, die kürzlich in einer Baptisten-Versammlung gemacht wurden, können von den 336 000 in Nordamerika lebenden Indianern nur 75 000 lesen oder schreiben. Nicht mehr als ein Viertel der Indianerbevölkerung ist zum amerikanischen Bürgerrecht zugelassen und weniger als 100 000 können sich in englischer Sprache verständlich machen.

Wetterwarten rings um den Nordpol? Professor Bjerknes, der bekannte norwegische Meteorologe, hat in einem, in Bergen gehaltenen Vortrag empfohlen, rings um den Pol einen Ring von Sternwarten einzurichten. Nach seiner Anschauung sind die meisten Schiffsunfälle an der Grenze der arktischen Regionen der ungenauen Kenntnis der gefährlichen Stürme zuzuschreiben, die hier so oft auftreten und eine Folge der Wechselwirkung zwischen der kalten Polarluft und den warmen, aus niedrigeren Breiten heranziehenden atmosphärischen Wirbeln sind. Diesen Schiffsdatastrophen könne man vorbeugen, wenn man eine Reihe von Stationen schaffe, die gewissermaßen die Linie zu bewachen haben, die im Atlantik das Grenzgebiet zwischen warmen und kalten Luftströmungen bildet. Könne man durch einen genau geordneten Nachrichtendienst den Verlauf dieser Linie stets feststellen, so müsse es möglich sein, durch rechtzeitige Sturmwarnungen der Schiffahrt große Dienste zu leisten. Man könnte dann überhaupt das Wetter für eine ganze Woche im Voraus bestimmen und angeben, welchen Kurs die transatlantischen Schiffe nehmen müßten, um gutes Wetter zu erhalten. Professor Bjerknes hält für einen solchen Ring von Wetter- und Sturmwarten rund um den Pol 300 bis 500 Stationen für notwendig.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung".

Das Entscheidungsspiel um den D. F. B.-Pokal.

Als dieser Tage durch die gesamte Sportpresse die Notiz ging daß das Entscheidungsspiel um den Bundespokal nach Leipzig gelegt sei, wurde wohl diese Entscheidung des Bundesvorstandes überall, vielleicht außer in Mitteldeutschland, mit Befriedigung aufgenommen. Aber die Sache scheint doch noch nicht in dem Topfe zu sein in welchem sie kochen soll. Der Bundesrechtsausschuß hat nämlich diesen Beschluß des Bundesvorstandes umgestoßen und das Entscheidungsspiel nach Hannover gelegt. Man weiß wirklich nicht, was man davon halten soll. Man müßte doch eigentlich annehmen, daß Bundesvorstand und Bundesrechtsausschuß Hand in Hand arbeiten. Das scheint aber doch nicht der Fall zu sein. Hoffentlich unternimmt unser Verbandsspielausschuß die nötigen Schritte, um das Spiel wieder zurück nach Leipzig zu dirigieren. Hannover wird auf das Spiel, zumal Norddeutschland nicht beteiligt ist, sicherlich nicht scharf sein.

Um die Deutsche Meisterschaft

sind die Termine bereits festgesetzt. Die Vorrunde findet am 16. Mai statt. Es spielen an diesem Tage: In Halle Mitteldeutscher Meister gegen den Süddeutschen Meister. In Mannheim Spielvereinigung Fürth gegen den Westdeutschen Meister. In Kiel der Norddeutsche Meister gegen den Mitteldeutschlands und in Breslau der Berliner Meister und Süddeutsche Meister. Die Zwischenrunde soll am 30. Mai steigen, das Schlußspiel am 13. Juni.

Lose und gepackte Suppen sowie Mährenmehl. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß lose und gepackte Suppen sowie Mährenmehl in den Kleinhandelsgeschäften bis auf Widerruf freihändig zum Verkauf gelangen können. Diejenigen Kleinhändler, die mit ihren Vorräten geräumt haben, können sich einen Bezugschein im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß, 2. Saal links, in den Vormittagsstunden von 8 bis 12 Uhr ausstellen lassen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Zur Diskonterhöhung der Bank von England.

Wie schon kurz mitgeteilt, hat die Bank den Diskont von 6 auf 7 Proz. erhöht. Die Erhöhung auf 6 Proz. hatte am 6. November v. J. stattgefunden. — Die Verteilung der Geldsätze, welche bereits in den letzten Tagen bemerkbar geworden war, ließ darauf schließen, daß die Bank nicht mehr in der Lage sein werde, bei dem bisherigen Satze zu verharren. Am Mittwoch war der Privatdiskont dann plötzlich von 5⅝ auf 6⅝ gestiegen und die Zinssätze für Schatznoten mit drei- und zweimonatiger Laufzeit wurden von 5½ auf 6½ Proz. erhöht. Damit war eine so erhebliche Verteilung des Geldmarktes sichtbar geworden, daß die Direktion der Bank sich sogleich zu einer Erhöhung der Rate um ein volles Prozent entschließen mußte.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 16. April. Der Börsenverkehr stand anfangs hauptsächlich unter dem Einfluß der neuerlichen Verschlechterung der Markvaluta. Im Zusammenhang damit erfolgten vielfach Käufe, von denen namentlich Valutapapiere und insbesondere Kolonialwerte Nutzen zogen. Diani setzte mit einer Besserung von 170, Südwest mit einer solchen von 30, Sloman Salpeter um über 100 Prozent ein. Deutsche Kolonialanteile gewannen etwa 700 Prozent, Südseephosphat 100. Auch Deutsche Uebersee-Elektrizitätsaktien stellten sich 60 Prozent höher. Stark begehrt waren ferner wiederum Petroleumaktien, von denen Deutsche Petroleum 75 Proz., Steaua Romana 240 Prozent gewannen. Am Montanmarkt überwogen zwar auch Besserungen, doch hatten einzelne Werte, wie Gelsenkirchen, Oberschlesischer Eisenbahnbedarf und Rheinische Braunkohlen, namhafte Rückgänge aufzuweisen, die allerdings bald darauf zum Teil ausgeglichen wurden. Schiffahrtsaktien erfuhren nur geringfügige Kursbesserungen. Argoaktien zeichneten sich neuerdings durch eine Steigerung von 16 Prozent aus. Das Geschäft war wenig belebt, da die Darlegungen des Reichsfinanzministers über die Finanzlage des Reiches und insbesondere die Meldung über Verhaftung von Offizieren im Reichswehrministerium stark verstimmend wirkten und die Unternehmungslust lähmten. Deutsche Anleihen ließen etwas Neigung zur Abschwächung erkennen. Oesterreichische und ungarische Werte zeigten keine einheitliche Kursbewegung.

Devisenkurse.

Berlin, 16. April.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellten sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute Geld	Heute Brief	Gestern Geld	Gestern Brief
Amsterdam Rotterdam	2322,50	2327,50	2197 75	2202,50
Brüssel-Antwerpen	404,50	405,50	400,50	401,47
Christiania	1248,75	1251,25	1173,75	1176,25
Kopenhagen	1098,75	1101,25	1 78,75	1071,25
Stockholm	1373,60	1376,50	1318,50	1321,50
Helsingfors	349,65	350,35	324,70	325,3
Italien	269,70	270,3	269,05	270,25
London	245,70	246,30	234,70	235,30
New York	62,40	62 60	58,9	59,10
Paris	372,10	372 90	372,10	372,90
Schweiz	1113,75	1116,25	1068,75	1071,25
Spanien	1078,75	1081,25	1 09,00	1621,00
Wien (alles)	22,72	22,78	24,72	24,78
(Deutsch-Oest. abgest.)	28,47	29,53	31,47	31,53
Prag	97,90	98,10	94,15	94,35
Budapest	24,47	24,53	28,97	28,03
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Produktenbericht.

Berlin, 16. April. Am Produktenmarkt ging es heute ziemlich ruhig zu. Die Preise für Hafer erfuhren keine nennenswerten Aenderungen. Auch für Hülsenfrüchte trat keine größere Veränderung ein. Ferner blieb Auch in der Haltung der übrigen Artikel waren keine bemerkenswerten Aenderungen zu verzeichnen.

Berlin, 16. April. Amtliche Notizen. Preis für 1000 Kg. in Mark: Inl. Hafer loko ab Speicher frei Wagen —, loko ab Bahn —, lieferbare Abladung ab Abladestationen 3290—3340. Tendenz etwas schwächer.

Metallnotierungen.

Berlin, 16. April. Preise für 100 Kg. in Mark: Raffinade-Kupfer 2100—2200. Original-Hütten-Weich-Blei 800—830. Remelted Platten-Blei 550—575. Hütten-Rohzink 625—650. Zink-Hütten-Aluminium 3900—4100. Banca, Straits, Billiton-Zinn 9000—9400. Bayrisch Hütten-Zinn —. 98proz. Rein-Nickel 5600—5800. Antimon (Regulus) 1650—1700.

Folgen der Ueberspekulation an der Berliner Börse. Nach der „Voss. Ztg." sind neben einem unbedeutenden Lokalspekulanten eine Berliner Metallfirma und eine Berliner Produktenhandelsfirma in ernstere Schwierigkeiten geraten. Ferner soll ein kleiner Market keine Zahlungen eingestellt haben. Er hatte für 500 000 Mk. Schantungbahn-Engagements und außerdem größere Engagements in anderen ausländischen Anleihen, besonders in Mexikanern laufen. Es sind in diesen Papieren in letzter Zeit Exzesse durchgeführt worden. Gerüchtweise verlautet, daß die Auflösung dieses Marktes auch die Lage einer Berliner mittleren Bankfirma gefährdet habe, für die nun, scheinbar mit Erfolg, versucht wird, eine Stützungsaktion in die Wege zu leiten.

Bankverein Artern. In der am 13. April abgehaltenen Generalversammlung des Bankvereins Artern, Sprengerts, Büchner & Co., Kommanditgesellschaft auf Aktien, Artern, wurde nach Genehmigung der Bilanz die Verteilung einer sofort zahlbaren Dividende von 9 Prozent wie im Vorjahre beschlossen. Die beantragten Statutenänderungen wurden genehmigt, in den Aufsichtsrat wurden die Herren Rittergutsbesitzer C. Kaufmann, Reinsdorf, Amtsrat H. Frank, Sachsenburg; Fabrikdirektor B. Lindau, Artern und Herr Geh. Regierungsrat M. Baeck, Roßla, neu gewählt.

Magdeburger Bau- und Credit-Bank. Der Aufsichtsrat beschloß, nach reichlichen Abschreibungen eine Dividende von 7 Proz. für die Vorzugsaktien als Nachzahlung für das Jahr 1918 vorzuschlagen.

Wiederaufnahme der weltwirtschaftlichen Beziehungen der sächsischen Spitzenindustrie. Die engen Verbindungen der sächsischen Spitzen- und Gardinenindustrie zu England, Nord- und Südamerika sind wieder aufgenommen worden und zeigen bereits gute Erfolge. Zahlreiche Aufkäufer aus diesen Ländern weilen wieder in Sachsen und besonders im Vogtlande und zahlen erheblich hohe Preise. Dieser hoffnungsvollen Entwicklung werden aber noch Schwierigkeiten dadurch gemacht, daß die Arbeiter infolge der Verschärfung der Teue und die Tarife nicht innehalten und die Kalkulation und einen geordneten Geschäftsbetrieb dadurch immer wieder über den Haufen werfen. Daneben werden auch die fortwährende Erhöhung der Garnpreise und die Schwierigkeiten in der Beschaffung ausreichender Rohstoffe störend empfunden.

Aus der Lothringen-Gruppe. Donnerstag nachmittag fanden in Bochum Gewerkenversammlungen der zur Lothringen-Gruppe gehörigen Zechen statt. In der Gewerkenversammlung der Zeche Graf Schwerin, in der 28 Gewerke 725 Kuxe vertraten, wurde über das laufende Jahr mitgeteilt, daß die Kohlenförderung sich etwas gehoben habe. Die Eisenbahn sei aber nicht imstande gewesen, die Förderung voll abzufahren. Infolgedessen seien die Bestände von 4300 auf 13 100 To. bis Anfang April gestiegen. Im laufenden Vierteljahr sei bekanntlich wieder eine Ausbeute von 500 Mark auf den Kux verteilt worden. Die Verwaltung glaube, die Ausbeuteverteilung beibehalten und sie noch erhöhen zu können, wenn nicht durch neue Streiks und Unruhen die Ergebnisse beeinträchtigt werden. — In der Gewerkenversammlung der Zeche Lothringen, in der 43 Gewerke 710 Kuxe vertraten, erfuhr der Vorstand, ob die Ausbeuteverteilung (im ersten Vierteljahr wurden 1000 Mark auf den Kux ausgeschüttet) beibehalten werden könne, hänge davon ab, ob die wirtschaftliche Entwicklung nicht durch Streiks und Unruhen gestört werde.

Heine & Co. A.-G. in Leipzig. Der Aufsichtsrat bringt eine Dividende von wieder 15 Proz. und einen Bonus von 100 Mark (i. V. 0) pro Aktie auf das auf 7 Mill. Mark erhöhte Aktienkapital in Vorschlag. Die Aussichten werden als günstig bezeichnet.

Vulcan-Werke Hamburg und Stettin A.-G. Der Aufsichtsrat schlägt für 1919 wiederum 8 Prozent Dividende vor.

Eisbiker A.-G. in Dresden. Aus einem Reinerwinn von 58 291 (43 121) Mk. werden 8 (6) Prozent Dividende vorgeschlagen.

Mitteldeutsche Kraftwerke A.-G. Unter dieser Firma ist mit einem Aktienkapital von 30 Mill Mk. eine neue Aktiengesellschaft in das Handelsregister Berlin eingetragen worden.

Metallwarenfabrik H. Wisner A.-G., Meblis (Thür.). Die Gesellschaft beruft auf den 8. Mai eine außerordentliche Generalversammlung ein, die über eine Kapitalserhöhung um 1 250 000 Mark auf 2 500 000 Mark beschließen soll.

Sächsisch-Thüringische Portlandzementfabrik Prüssing & Co., Kommandit-Gesellschaft auf Aktien zu Göschwitz. Die Verwaltung berichtet, daß der Absatz in 1919 etwa ein Viertel niedriger war als im Vorjahre und nur etwa ein Fünftel der Friedenslieferung betrug. Der Bruttogewinn belief sich auf 4 128 014 (3 078 930) Mark. Andererseits erforderten allgemeine Unkosten 1 370 867 (831 118) Mark, Unterhaltungskosten 1 185 762 (841 343) Mark und Zinsen 201 028 (199 967) Mark. Aus dem nach 559 937 (607 501) Mark Abschreibungen sich auf 810 417 (935 301) Mark belaufenden Reingewinn sollen wieder 12 Prozent Dividende verteilt, 250 000 Mark für einen „Ueberteuerungsausgleichsbestand" zurückgestellt (i. V. 150 000 Mark Rückstellung für Umbauten) und 16 417 Mark vorgetragen werden. Der Vortrag aus 1918 von 241 301 Mark wurde zur Bildung des Abschreibungsergänzungsbestandes verwendet. Die Bilanz weist aus 3 548 382 (3 101 090) Mark Debitoren, 133 638 (309 418) Mark Wertpapiere, 1 779 190 (1 822 016) Mark Vorräte und andererseits 2 465 513 (2 433 713) Mark Kreditoren.

Kaiserliche Aschersleben. Die außerordentliche Hauptversammlung wiederholte die Beschlüsse der außerordentlichen Hauptversammlung vom 13. Februar 1920 auf Schaffung von 2,5 Mill. Mark 6proz. Vorzugsaktien mit achtfachem Stimmrecht. Damit wird das Kapital auf 25 Mill. Mark erhöht. Die neuen Aktien nehmen vom 1. Januar 1920 ab an der Dividende teil. Die alsdann infolende ordentliche Hauptversammlung genehmigte bei einer Stimmenthaltung die Jahresrechnung für 1919 und setzte die Dividende auf 10 Proz. (i. V. 7) fest. Außerdem erhalten die Aktionäre einen Bonus von 200 Mark je Aktie. Infolge der zweimaligen Preiserhöhung im letzten Vierteljahr und der günstigen Ausschüttungen des Kalisyndikats, die auf den schlechten Stand der Valuta zurückzuführen sind, konnte das günstige Ergebnis erzielt werden. Mit Rücksicht auf diese besonderen Umstände betonte die Verwaltung, daß sie mit solch hohen Erträgen nicht dauernd rechne.

Die Bergwerksbeteiligung der Stadt Zwickau. Nachdem die Stadt Zwickau seit Anfang dieses Jahres bereits die Mehrheit der Aktien des Erzgebirgischen Steinkohlenaktienvereins besitzt, hat sie jetzt auch noch die Mehrheit der Aktien eines anderen Steinkohlenwerkes, des Zwickauer Steinkohlenbauvereins „Weinesgnade" erworben. Sie hatte den Aktionären ein Angebot von 1200 Mark für die Aktie gemacht. Darauf sind ihr aus Aktionärkreisen 1467 Aktien von insgesamt 2500 Aktien überlassen worden. Da die Stadtgemeinde bereits 161 Aktien im eigenen Besitz hatte, verfügt sie nunmehr über 1628 Aktien des genannten Steinkohlenwerkes.

Breitenbrunner Portland-Zementfabrik in Lägerdorf bei Itzehoe. In der Generalversammlung wurde die Dividende auf 6 Proz. festgesetzt. Ferner wurde der Antrag auf Erhöhung des Grundkapitals um 1½ auf 5¼ Mill. Mark genehmigt. Die neuen Aktien, welche ab 1. Januar 1920 dividendenberechtigt sind, werden von der Berliner Handelsgesellschaft übernommen und den alten Aktionären im Verhältnis von 2 alten zu einer neuen zum Kurse von 125 Prozent zum Bezuge angeboten. Die Mittel aus der Kapitalserhöhung dienen zur Abtragung eines früher aufgenommenen Kredits. Ueber die Aussichten wurde mitgeteilt, daß das Unternehmen jetzt vollständig konsolidiert und auch mit Materialien hinreichend versorgt sei. Wenn nicht besondere Schwierigkeiten eintreten sollten, sei wieder mit einem befriedigenden Ergebnis zu rechnen.

Chemische Düngerfabrik Neuhaldensleben. Gemäß Beschluß der Generalversammlung ist die Dividende für das Geschäftsjahr 1919 auf 12 Prozent (wie i. V.) festgesetzt und außerdem die Auszahlung eines Bonus von 40 Mark beschlossen.

Die fallenden Häutepreise. Die Nürnberger Häute- und Fellauktion ergab durchschnittlich Abschläge von 35 bis 40 Proz. gegen die letzte Auktion im März. Die Großviehhäute erzielten nach anfänglich sehr fester Haltung Abschläge von 18 bis 19½ Mark pro Pfund.

Neuregelung des Futtermittelhandels. Ein Erlaß des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft besagt, daß die Verordnung über Futtermittel vom 10. Januar 1916, nach der sämtliche Futtermittel nur durch die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte G. m. b. H. in Berlin abgesetzt werden dürfen, sowie die Verordnung über die Errichtung einer Reichsfuttermittelstelle mit dem 8. April außer Kraft tritt. Die Erledigung der laufenden Geschäfte der Reichsfuttermittelstelle erfolgt durch das Reichsministerium, die von den Landeszentralbehörden eingerichteten besonderen Vermittelungsstellen bleiben jedoch noch bis zu ihrer Auflösung durch diese bestehen. Oelfrüchte und daraus gewonnene Erzeugnisse werden jedoch von diesem Erlaß nicht betroffen.

Swinemünder Dampfschiffahrts-A.-G. Für 1919 werden aus 202 890 (134 876) Mark Reingewinn 15 Proz. Dividende (i. V. 12) in Vorschlag gebracht.

Leipziger Luftschiffhafen und Flugplatz A.-G. in Leipzig. Das Geschäft schließt mit einem Verlust von 26 668 Mark (i. V. 23 696 Mark Gewinn) ab.

Berliner Börse

vom 16. April 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:		Chem Griesheim	320,00
4½ % Dtsch. Schatzsch VI—IX	76,25	Chem. Heyden	398,00
5 % Dtsch. Reichsanl.	71,75	Consolidation Schalk	451,0
4 % „ „	76,50	Cröllwitzer Papierfbk	—
3½ % „ „	69,00	Daimler Motoren	310,00
3 % „ „	75, 0	Deutsche Luxemburg	350,00
4 % Preuß Konsols	77 90	Deutsche Uebersee-Elektr.	1205,00
3½ % „ „	65,00	Deutsche Erdöl	810,00
3 % „ „	62,00	Deutsche Gasglühl.	5060,0
4 % Charl. Stadtanl. 89/99	97,50	Deutsche Kali	450,00
4 % Magdb. Stadtanl. 91/06	101,50	Deutsche Waffen und Mun.	435,00
4 % Sächs. Neulandsch Pfdbl.	101,80	Donnersmarckhütte	383,00
4 % Preuß. Centr. Bod. Pfdbl	100,25	Döring & Lehrmann	165,00
4 % Preuß. Hyp Bk. Pfdbl. 191	—	Dürrkoppwerk	—
4½ % Dess. Gas Oblig	—	Engelhardt-Brauerei	272,00
4½ % Dessauer Gas Obl.	100,50	Elberfelder Farben	427,00
Ausländ. Werte:		Felten & Guilleaume	545,00
4 % Oesterr. Kronenrente	33,00	Gesmotoren Deutz	229,00
4 % Unger. Goldrente	69,00	Gebhard & Co.	—
4 % Ungar. Kronenrente	38,75	Gebhard & König	285,00
Eisenbahn-Aktien:		Gelsenkirchen Berg.	337,00
Halberst.-Blankenb.	110 25	Glauziger-Zuckerfbk	525,00
Halle-Hettstedter	85,00	Hallesche Maschfbk.	519,00
Schantungbahn	573,00	Hann Masch.	424,00
Allg. Lokalbahn	136,00	Harpener Berg	342,00
Gr. Berl. Str.	139,00	Hasper Eisen	400,00
Magdeburger Str.-B.	—	Hirsch Kupfer	348,50
Prinz-Heinrich-B.	604 00	Höchster Farbwerke	393,50
Orientbahn	—	Hoesch Eisen u. Stahl	359,50
Schiffahrts-Aktien:		Hohenlohe Werke	280,00
Hambg. Paketfahrt	206,75	Humboldt Masch.	215,00
Hambg. Südamerika	280,00	Ilse Bergbau	409,00
Hansa-Dampfschiff.	382,00	Kahla Porzellan	329,00
Nordd. Lloyd	2 1,00	Kaliw. Aschersleben	455,00
Bank-Aktien:		Körbisd. Zucker-Akt	300,50
Bank f. Thür	162,00	Kyffhäuserhütte	220,00
Berl. Handelsges.	205,00	Lahmeyer & Co.	229,00
Commerz-Diskontobank	198,50	Leuchhammer	326,00
Darmstädter Bank	147,00	Laurahütte	318,00
Dessauische Landesbank	129,75	Linke & Hofmann	520,00
Deutsche Bank	301,00	Ludwig Loewe & Co.	339,00
Diskonto-Comm.	228,75	Lothringer Hütte	326,00
Dresdner Bank	186,00	Mannesmannröhren	420,00
Leipzig. Credit-Anst.	177,75	Masch-Fabr Buckau	254,00
Mitteld. Kreditbank	154,00	Oberschl. Eisenb.-Bd.	248,00
Mitteld. Privatbank	171,50	do Cero Hag.	300,00
Nationalbank	149,84	do Kekswerke	400,00
Oesterr. Kredit	115,00	Oberschl. Eisenb.-Bd.	306,50
Reichsbank	155,00	Phönix Berg	450,00
Industrie-Aktien:		Rhein Metall-Vorz.	290,00
Schultheiss-Brauerei	280,00	Rhein. Stahlwerke	355,50
Akt. f. Anilin	358,50	Riebeck. Montan	339,00
Allgem. Elektr. Ges.	395,00	Rombacher Hütten	235,00
Ammendorfer Papierfabrik	—	Rositzer Braunk.	337,00
Anhalter Kohlenw.	281,00	Rositzer Zucker	260,00
Annaberger Steingut	349,75	Sangerhäuser Masch.	—
Bedische Anilin	650,00	Hugo Schneider A.-G.	389,00
Bergmann Elekt. Akt.	258,00	Schuckert & Co.	22 ,00
Berl. Masch.-Bau	355,00	Siemens & Halske	339,50
Bismarckhütte	404,50	Stettiner Chem.	329,00
Bochumer Gußstahl	365,00	Stettiner Vulkan	274,50
Chem.-Fabr. Buckau	251,00	Stollberger Zink.	315,00
		Strals. Spielkarten	335,00
		Thale-Eisenhütte	459,50
		Triptis Porzellan	280,00
		Türk. Tabakregie	1100,00
		Ver. Glanzstoffwerke	870,00
		Ver. Glanzstoff	—
		Wegelin & Hübner	204,00
		Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
		Westeregeln Alkali	749,75
		Wittener Gußstahl	301 00
		Wrede Mälzerei	154,00
		Zeitzer Masch.	479,00
		Zellstoff Waldhof	315,00
		Otavi-Minen	1007,00

Tendenz: fest.

Leipziger Börse.

Leipzig, den 16. April 1920.

Hallesche Zucker-Raffinerie	268,50
Leipziger Malzfabrik, Schkeuditz	130,50
Landwirtsch. Masch. Zimmermann, Halle	190,00
Mansfelder Gewerkschaft	400,00
Portland, Zementfabrik Halle	158,00
Prehlitzer Braunkohlen	—
Priorik	—

Verantwortlich f. d. polit. Teil: J. V.: Eugen Brinkmann; f. d. örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; für Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Bär; für den Anzeigenteil: Otto Bieler. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200417012/fragment/page=0004